

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

122. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 8. September 2004

Einzelplan 05

Auswärtiges Amt

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Ersten Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Chemiewaffenübereinkommen (CWÜAGÄndG 1)** (Drucksachen 15/3447, 15/3592, 15/3684)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Friedenshoffnungen am Ende des Kalten Krieges sind abgekühlt. Seit Jahren beobachten wir eine Renaissance des Militärischen. Wir beobachten sie nicht nur, sondern wir stellen auch fest: Die Bundesrepublik hat dabei einen aktiven Part. Dafür spricht auch der vorliegende Haushalt. Deshalb lehnt die PDS im Bundestag diesen Haushalt ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ich bin nun seit sechs Jahren Mitglied des Bundestages. In dieser Zeit musste ich 30-mal über **Auslandseinsätze der Bundeswehr** abstimmen. Ich habe 30-mal mit Nein gestimmt. Aber das ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr unter Rot-Grün von der Ausnahme zur Regel geworden sind. Diese gefährliche Tendenz ist Konzept und sie wird durch den vorliegenden Entwurf der EU-Verfassung sogar noch forciert; denn statt einer Friedens- und Abrüstungspflicht enthält sie genau das Gegenteil. Bundesaußenminister Fischer hat im Frühjahr in einer Debatte hier dazu bemerkt, dass das auch gut so sei. Ich finde, das ist schlecht. Im Übrigen finden wir diesen Teil des Verfassungsentwurfes auch nicht richtig.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Möglicherweise fürchtet Rot-Grün auch deshalb ein **Plebiszit zur EU-Verfassung**. Jedenfalls haben SPD und Grüne bisher nur taktiert. Mit der CDU/CSU haben sie dann paktiert, wenn es darum ging, Volksabstimmungen zu verhindern.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch der größte Schwachsinn überhaupt!)

Wir schlagen – wie übrigens 80 Prozent der Bevölkerung – mehr Demokratie vor und wir wollen eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung am 8. Mai des Jahres 2005.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Seit über 14 Jahren kämpfen die Bürgerinnen und Bürger in der Kyritz-Ruppiner Heide gegen die erneute Nutzung des so genannten **Bombodroms**. Sie wollen eine friedliche, zivile Zukunft ihrer

Region. Dies ist eine Forderung, die nun, da in Brandenburg Wahlkampf ist, selbst Ministerpräsident Platzeck, SPD, und Innenminister Schönbohm, CDU, hochhalten. Ich finde, sie haben Recht; denn ein Bombenübungsplatz wäre ein herber Rückschlag für die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin und er wäre ein Rückschlag für die Menschen, für die Wirtschaft und für den Tourismus.

(Joseph Fischer, Bundesminister: Wie war es früher?)

– Da der Außenminister hier gerade „Wie war es früher?“ fragt: Ich habe mit Absicht die Formulierung „seit über 14 Jahren“ gewählt. Ja, die Bürgerinnen und Bürger dieser Region haben sich auch zu DDR-Zeiten – ohne Chance auf Erfolg, das gebe ich gerne zu – dagegen gewehrt, dass dort Bomben von der sowjetischen Armee abgeworfen werden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Das legitimiert aber nicht, dass Sie diesen Platz heute weiter nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion, Sie hätten einen Beitrag gegen Populismus und für mehr Glaubwürdigkeit Ihrer Politik leisten können, wenn Sie den in der Prignitzer Presse von Ihren wahlkämpfenden Kollegen angekündigten einstimmig verabschiedeten Gruppenantrag Ihrer Fraktion gegen das Bombodrom heute auf den Tisch gelegt hätten.

(Dr. Ludger Volmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind die SED-Nachfolgepartei! Sie haben doch das Bombodrom eingerichtet!)

Wir hätten zugestimmt. Abgesehen davon hätten Sie einen Konstruktionsfehler dieses Haushalts ein wenig geheilt. Sie hätten nämlich die Proportionen ein wenig verschoben. Schauen Sie sich einmal an, wie wenig Geld für Friedens- und Konfliktforschung, für Konversion und Entwicklungshilfe Sie im Vergleich zu dem vielen Geld für Rüstung und Aufrüstung eingestellt haben!

Abschließend ein Wort zu einem Thema dieses Sommers. Die USA wollen Streitkräfte aus Europa und damit auch aus der Bundesrepublik abziehen. Kaum verkündet, setzte, von CDU/CSU bis Bündnis 90/Die Grünen, ein großes Barmen ein. Die PDS im Bundestag bewegt bei diesem Thema etwas ganz anderes, nämlich dass die **US-Armee** bei ihrem Abzug nicht ihre Atomwaffen vergessen sollte, die noch in der Bundesrepublik stationiert sind und endlich abzurüsten sind.

(Dr. Ludger Volmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr wolltet doch immer schon die Amis aus Europa raus haben! Das ist doch nichts Neues!)

Da frage ich mich: Wo bleibt da die friedienstiftende Intervention des Bundesaußenministers?

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Joseph Fischer, Bundesminister: Die fehlt!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Gert Weisskirchen, SPD-Fraktion.